N i e d e r s c h r i f t

HFA/025/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 30.01.2007**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Horst Dewenter	CDU
Frau Marianne Helmes	CDU
Herr Alfred Holtel	FDP
Herr Christian Kaisal	CDU
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis 18:00 Uhr - TOP 18
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Günter Thum	SPD
Herr Falk Toczkowski	SPD
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Josef Wilp	CDU

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann Sozial Liberal

Vertreter:

Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Udo Mollen	SPD	Vertretung für Herrn Jürgen Roscher

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	
Herr Dr. Heinz Janning	
Herr Werner Lütke-meier	
Herr Heinz Hermeling	
Herr Werner Schröer	
Herr Raimund Hötker	
Herr Walter Möller	
Herr Peter Oldekopf	
Herr Bernhard Rieken	(GF EWG)
Herr Bernd Weber	
Herr Günter Strauch	
Herr Michael Netter	(Personalrat)
Herr Richard Gude	(Personalrat)
Herr Andreas Richter	
Herr Karl Hortmann	
Herr Theo Elfert	(Stellv. Schriftführer)

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte 4 „Öffnungszeiten der neuen Stadtbibliothek“ – Vorl. Nr. 059/07 - und 5 „Umzug des Stadtarchivs“ – Vorl. Nr. 064/07 - von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Verwaltung müsse noch in beiden Angelegenheiten aufgrund der gestrigen Vorberatung im Kulturausschuss Recherchen anstellen, sodass sie erneut auf die Tagesordnung der nächsten HFA-Sitzung am 13. Februar 2007 gesetzt würden.

Einstimmig folgen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses dem Vorschlag der Bürgermeisterin.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung am 23.01.2007

I/A/0265

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.01.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0300

Ein Bericht ist nicht erforderlich, da keine Beschlüsse gefasst und keine Anfragen und Anregungen gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen

I/A/0340

Es liegen keine Informationen vor.

**4. Öffnungszeiten der neuen Stadtbibliothek
Vorlage: 059/07/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig abgesetzt.

**5. Umzug des Stadtarchivs - Kosten für Umbau und Einrichtung
Vorlage: 064/07**

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig abgesetzt.

**6. Beratung Stellenplan 2007,
Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 084/07**

I/A/0360

Beschluss:

Der Haupt- Und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung – in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Beratung Stellenplan 2007,
Fachbereich 4 - Finanzen
Vorlage: 085/07**

I/A/0430

Herr Niehues bezieht sich auf die letztjährige Stellenplanberatung, in der die CDU-Fraktion die Bildung des Fachbereiches 4 – Finanzen – akzeptiert und bezüglich der Fachbereichsleiterstelle erklärt habe, in diesem Jahr darauf zurückkommen zu wollen. Die CDU-Fraktion sehe sich gegenüber der Verwaltung im Wort und sei heute auch bereit, die Fachbereichsleiterstelle im Stellenplan aufzunehmen; allerdings versehen mit einem Sperrvermerk, weil zunächst eine Klärung zum Tagesordnungspunkt 9 „Beanstandung der 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung“ in der nächsten Ratssitzung herbeigeführt werden solle.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen –, Spalte „Soll 2007 NEU“, in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen, wobei die A-14-Stelle (Fachbereichsleiter/in) mit einem Sperrvermerk zu versehen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**8. Beratung Stellenplan 2007;
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 028/07**

I/A/0615

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service –, Spalte „Soll 2007 NEU“, in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Stellenplan 2007,
Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 076/07**

I/A/0700

Auf Frage von Herrn Holtel antwortet Herr Hötker, dass durch die Verlagerung der Wohnbauförderung auf den Kreis der Stellenplan des Fachbereiches 8 in Zukunft um 2 Stellen reduziert werden könne. Die Aufgabenübertragung an den Kreis erfolge zum 1. Februar 2007, sodass der technische Mitarbeiter aus dem Fachbereich 8 sofort in den Fachbereich 5 wechseln könne. Die freigesetzte Verwaltungsmitarbeiterstelle könne erst nach Erledigung der Restarbeiten in den Fachbereich 5 transferiert werden.

Herr Holtel vertritt die Auffassung, dass der Stellenplan 2007 für den Fachbereich 8 schon jetzt um diese beiden Stellen reduziert und der Stellenplan des Fachbereiches 5 entsprechend erhöht werden sollte.

Auf Hinweis von Herrn Wilp sagt die Verwaltung zu, beide Stellen im Fachbereich 8 mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement –, Spalte „Soll 2007 NEU“, unter Berücksichtigung der beiden kw-Vermerke in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Niehues verweist auf das bestehende Verfahren, wonach die Zusammenfassung aller Stellenplanberatungen aus den Fachausschüssen dem Haupt- und Finanzausschuss nochmals am 13. Februar 2007 vorgelegt würde. Wenn sich bis dahin Änderungen ergeben würden, sollten diese noch eingearbeitet werden. Auch behalte sich die CDU-Fraktion vor, auf die eine oder andere Stelle am 13. Februar 2007 noch zurückzukommen. Denn die Vorgaben für den Stellenplan sollten schon eingehalten werden.

Frau Dr. Kordfelder merkt dazu an, dass auch sie großen Wert darauf lege.

10. Beratung Stellenplan 2007; Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung Vorlage: 029/07

I/A/1010

Herr Niehues weist darauf hin, dass im bisherigen Stellenplan die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit 0,78 aufgeführt worden sei. Durch die personelle Umbesetzung sei seitens der Verwaltung beabsichtigt, die 0,78-Stelle als 1,0-Stelle auszuweisen. Mit dieser Erhöhung sei die CDU-Fraktion nicht einverstanden, sodass er den Antrag stelle, den Stellenplan des Sonderbereichs 0 um 0,22 zu reduzieren und der derzeitigen Stelleninhaberin für den verbleibenden 0,22-Stellenanteil andere Aufgaben zu übertragen.

Herr Hermeling äußert seine Bedenken gegen diesen Antrag und weist darauf hin, dass sich die Personalkosten hierdurch nicht ändern würden.

Herr Holtel regt an, die Gleichstellungsbeauftragte mit einem 0,22-Stellenanteil für die Zuarbeitung des Personalrates einzusetzen, damit sich der Stellenplan des Sonderbereichs 0 in der Summe nicht reduziere.

Herr Niehues hält den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aufrecht, sodass Frau Dr. Kordfelder hierüber abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung –, Spalte „Soll 2007 NEU“, mit einer Reduzierung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten um einen 0,22-Stellenteil in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

**11. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 – 2010;
 Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
 Vorlage: 086/07**

I/A/1585

Herr Niehues führt aus, dass bei fast allen Produkten der Erläuterungsbericht nicht so sei, wie die CDU-Fraktion sich diesen vorstelle. Im letzten Jahr sei bereits darauf hingewiesen worden, dass man zu den Produkten einen aussagefähigen Erläuterungsbericht in einheitlicher Form benötige. Einige Erläuterungsberichte seien in Ordnung, einige fehlten teilweise bzw. ganz. Daher werde die CDU-Fraktion im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplanes den Antrag stellen, klare Qualitätsmerkmale in den Erläuterungsberichten aufzunehmen, um auch Bezugsdaten zu früheren Jahren zu erhalten.

Ferner habe er festgestellt, dass es unterschiedliche Ansätze zwischen den Angaben zu den Stellen lt. Haushaltsplan und denen des Stellenplanes gebe. Er wisse inzwischen, dass es sich hierbei u. a. um Auszubildendenstellen oder um Stellen handle, die von dritter Seite finanziert bzw. mitfinanziert würden. In einigen Fällen sei es aber auch einfach vergessen worden, den Stellenplan zu korrigieren. Wenn der Rat über die Produkte steuern solle, müsse man sich auch auf die vorgegebenen Zahlen verlassen können. Daher fordere die CDU-Fraktion für das kommende Jahr, dass bei den Angaben zum Personal der Hinweis aufgenommen werde, wie viele Stellenanteile sich z. B. auf Auszubildende bzw. auf mitfinanzierte Stellen bezögen, damit die abweichenden Angaben zwischen Haushaltsplan und Stellenplan nachvollzogen werden könnten.

Auch müsse sich der Rat darauf verlassen können, dass die Personalkostenansätze bei den einzelnen Produkten der Wirklichkeit entsprechen würden, sodass sie personalscharf bei den einzelnen Produkten vorgenommen würden. Die CDU-Fraktion werde die Vorgaben für dieses Jahr letztmalig akzeptieren; im nächsten Jahr erwarte seine Fraktion jedoch mehr Transparenz bei den Personalkosten.

Herr Hermeling erklärt, dass es bei diesem System keine Deckungsgleichheit bei den Personalangaben zwischen dem Stellenplan und den Produktseiten geben könne, denn bei den Produktseiten würden die Stellen nachgewiesen, die tatsächlich Kosten verursachen würden. Insofern seien die Werte auf den Produktseiten geringer als die Angaben im Stellenplan, denn wenn eine Stelle vorübergehend nicht besetzt sei, verursache sie keine Kosten und werde insofern auch nicht auf den Produktseiten geführt, wohl aber im Stellenplan.

Selbstverständlich solle der Rat über die Personalkosten steuern. Insofern sollten die Personalaufwendungen mit den Produktseiten schon identisch sein.

Herr Niehues entgegnet, dass, wenn es in Einzelfällen derartige unbesetzte Stellenanteile gebe, die Verwaltung unter dem entsprechenden Produkt einen geeigneten Hinweis aufnehmen sollte, damit die Fraktionen die Differenz zwischen dem Haushaltsplan und dem Stellenplan dann nachvollziehen könnten.

Anschließend bezieht Herr Niehues sich auf Ziffer 4 des Produktes 32, bei dem der Ansatz für Leistungsentgelte von 210.000,00 auf 170.000,00 € reduziert worden sei. Er möchte den Grund hierfür wissen.

Herr Hortmann antwortet, dass unter dieses Produkt auch die Gaststätten fallen würden. Es sei seitens des Gesetzgebers beabsichtigt gewesen, das Gaststättengesetz zu liberalisieren, wodurch einige bisher erforderliche Genehmigungen entfallen wären. Dieses hätte auch Mindereinnahmen bei den Gebühren in Höhe von 40.000,00 € nach sich gezogen.

Der Gesetzgeber habe jedoch kürzlich diese Entscheidung über die Gesetzesänderung auf die Länder delegiert; dem Vernehmen nach sei in nächster Zeit nicht mit Gesetzesänderungen zu rechnen. Aus diesem Grunde könne der alte Haushaltsansatz von 210.000,00 € auch für die nächsten Jahre wieder in den Haushaltsplan bzw. in den Finanzplänen aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung – unter Berücksichtigung der vg. Änderung (+ 40.000 € Einnahmen im Produkt 32) in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 – 2010; Fachbereich 4 - Finanzen Vorlage: 087/07

I/A/2335

Herr Lütke-meier informiert darüber, dass im Jahre 2001 ein Betrag in Höhe von 100.000,00 € als Zustiftung für das Kloster Bentlage bereitgestellt worden sei. Dieser Betrag sei seinerzeit im Vermögenshaushalt ausgewiesen worden. Nach dem neuen Rechnungswesen könne dieser Vorgang aber nicht bilanziert werden. Daher müssten, wenn man die Quote erfüllen wolle, in den nächsten Jahren noch 50.000,00 € bereitgestellt werden. Er schlägt vor, jeweils 10.000,00 € für die nächsten 5 Jahre im Ergebnisplan zu veranschlagen.

Herr Niehues erklärt sich für die CDU-Fraktion mit diesem Vorschlag einverstanden und bittet darum, jeweils 10.000,00 € für die nächsten 5 Jahre auch im Finanzplan auszuweisen.

Darüber hinaus stellt Herr Niehues fest, dass es eine Ergebnisverbesserung von 18.000,00 € durch die Reduzierung der Zugverbindungen im GVZ gegeben habe.

Für ihn stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich der Ansatz für 2007 durch die Defizitabdeckung für die RVM darstellen werde.

Ferner möchte er wissen, warum keine Beteiligungserträge aus dem Bereich der Sparkasse ausgewiesen seien. Auch bittet er um Mitteilung, ob der Ansatz für den Bereich der Stadtwerke-Holding realistisch sei.

Herr Lützkemeier erläutert, dass die Stadt Rheine für die Defizitabdeckung der RVM-Schienenstrecke Rheine–Osnabrück-Eversburg 32.000,00 € im Haushaltsplan veranschlagt habe, was auch der abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung entspreche.

Bezüglich der nicht veranschlagten Gewinnabführung durch die Sparkasse erläutert Herr Lützkemeier, dass die Stadt Rheine im letzten Jahr erstmals eine Gewinnabführung aus dem Jahre 2005 in Höhe von 200.000,00 € hätte verbuchen können. Vor wenigen Wochen habe er sich diesbezüglich beim Vorstand der Stadtparkasse erkundigt mit dem Ergebnis, dass aufgrund des zu erwartenden Jahresabschlusses 2006 mit einer Gewinnabführung in dieser Größenordnung nicht zu rechnen sei.

Bei den Stadtwerken sei nach den letzten Schätzungen mit einer Gewinnabführung in Höhe von ca. 130.000,00 € zu rechnen.

Wie das Jahresergebnis bei den Stadtwerken, aber auch bei der Stadtparkasse letzten Endes ausfallen werde, bleibe abzuwarten. Er warne jedoch davor, zum jetzigen Zeitpunkt spekulative Ansätze im städtischen Haushalt vorzusehen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen – unter Berücksichtigung der Veranschlagung von je 10.000,00 € für die Zustiftung Kloster Bentlage für die nächsten 5 Jahre und die vorgeschlagene Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an die GVZ-E in Höhe von 18.000 € in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 - 2010; Fachbereich 7 - Interner Service Vorlage: 082/07

I/A/2725

Herr Niehues erinnert daran, dass in der Strategie- und Finanzkommission Einsparungsvorschläge für den Fachbereich 7 in Höhe von 17.000,00 € erarbeitet worden seien. Man habe jetzt zur Kenntnis genommen, dass die dafür erforderlichen Kündigungen von Mitgliedschaften erst nach Ablauf einer längeren Kündigungsfrist wirksam würden. Dennoch möchte die CDU-Fraktion die einkalkulierte Einsparung von 17.000,00 € im Haushaltsplan 2007 realisieren und erwarte von der Verwaltung spätestens bis zur nächsten HFA-Sitzung am 13. Februar 2007 entsprechende Vorschläge.

Ferner sei in der Strategie- und Finanzkommission über die subventionierten Parkplätze für Mitarbeiter(innen) der Verwaltung gesprochen worden. Er möchte

wissen, welche Auswirkungen die Streichung der Subventionen auf den Haushalt des Jahres 2007 hätten.

Herr Hermeling antwortet, dass der Fachbereich 7 versuchen werde, die 17.000,00 € bei den Sachkosten der städtischen Druckerei einzusparen, denn durch die Einführung des Ratsinformationssystems werde es sicherlich einen geringeren Papierverbrauch geben.

Bezüglich der Mitarbeiterparkplätze merkt Herr Hermeling an, dass nur noch den Mitarbeiter(innen) subventionierte Stellplätze zur Verfügung gestellt würden, die ihren Pkw für den Dienstgebrauch benötigen würden. Für die übrigen Mitarbeiter(innen), denen ein Parkplatz zur Verfügung gestellt werde, erfolge eine Kostenerstattung, die sich auf 7.700,00 €/Jahr belaufe und die bereits im Haushaltsansatz berücksichtigt worden sei.

Auf Zusatzfrage von Herrn Niehues antwortet Herr Hermeling, dass in der Vergangenheit ca. 240 Mitarbeiter(innen) die Möglichkeit gehabt hätten, sporadisch subventionierte Parkplätze in Anspruch zu nehmen. Tatsächlich hätten von diesem Angebot zwischen 70 und 90 Mitarbeiter(innen) Gebrauch gemacht; es seien auch nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Parkplätze mit der Verkehrsgesellschaft abgerechnet worden.

Nachdem die Mitarbeiter(innen), die ihren Pkw nicht für Dienstfahrten benötigten, die Kosten jetzt erstatten müssten, sei die Zahl der Nutzer geringfügig zurückgegangen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 7 – Interner Service – unter Berücksichtigung der noch einzusparenden 17.000,00 € bei den Sachkosten für die städtische Druckerei in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Niehues weist darauf hin, dass im Haushalt sehr viel Geld für Software ausgewiesen sei. Er bittet darum, gelegentlich einen Sachstandsbericht über den Stand der technischen Ausstattung zu geben mit Aussagen über geleaste bzw. gekaufte Software. Auch sollte dargelegt werden, was diesbezüglich noch in Zukunft auf die Stadt zukommen werde.

14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007-2010; Fachbereich 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement Vorlage: 063/07

I/A/3135

Herr Niehues hat den Eindruck, dass bei den Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken hinsichtlich der Verkaufserlöse noch Spielraum bestehe.

Darüber hinaus bitte er die Verwaltung, für die HFA-Sitzung am 13. Februar 2007 einen Sachstandsbericht zu den Verkaufsbemühungen der abgängigen städtischen Liegenschaften, wie z. B. zur Jugendherberge, zur Stadtbücherei, zum

VHS-Gebäude, zum Kannegießerhaus, zu geben. Er bittet, dabei auch Angaben über die Konditionen, zu denen die Gebäude veräußert werden sollen, sowie zu den Bilanzwerten zu machen. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2006 entsprechende Auskünfte gefordert habe.

Herr Hötker weist darauf hin, dass die Recherchen für die betroffenen Projekte mehr Zeit in Anspruch nehmen würden, als ursprünglich gedacht. Die Angelegenheit sei bereits in der Sitzung des Verwaltungsvorstandes am 29. Januar 2007 erörtert worden, jedoch nicht abschließend. Die Verwaltung werde dem HFA in jedem Falle zur nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht vorlegen.

Zum Vorwurf der defensiven Verkaufspolitik erläutert Herr Hötker, dass die Anzahl der zu vermarktenden Grundstücke in den Baugebieten geringer würde. Auch hierzu werde er eine Vorlage für die nächste HFA-Sitzung erstellen, sodass der HFA nachvollziehen könne, dass keine höheren Ansätze veranschlagt werden könnten.

Herr Rieken ergänzt, dass Verkaufserlöse für Gewerbeflächen im Bereich Rheine R nicht berücksichtigt worden seien. Es gäbe zwar Verhandlungen, ob diese aber noch in diesem Jahr abgeschlossen werden könnten, stehe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Herr Niehues bittet Herrn Hötker und Herrn Rieken, gemeinsam mit dem Kämmerer zu überlegen, welche Haushaltsansätze beim Verkauf städtischer Liegenschaften als realistisch angesehen werden könnten. Hierzu erwarte er in der HFA-Sitzung am 13. Februar 2007 einen zusammenfassenden Bericht.

Abschließend merkt Herr Niehues an, dass man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ggf. zu einem etwas späteren Zeitpunkt im Rahmen einer Grundsatzdiskussion einmal über die Anpassung der derzeitigen Vertragsbedingungen bei den Erbbaurechten nachdenken sollte. Hierauf werde er auch noch im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung zurückkommen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement – im Sinne der Diskussion zunächst in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2007 - 2001; Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung Vorlage: 083/07

I/B/0470

Herr Niehues zeigt sich erfreut darüber, dass es der Verwaltung im Rahmen der geführten Verhandlungen gelungen sei, den Zuschuss für den Verkehrsverein um 10.000,00 € zu reduzieren.

Ferner merkt er an, dass es bezüglich der Reduzierung der Fraktionsgeschäftskosten fraktionsübergreifende Gespräche gebe. Evtl. könne in der Ratssitzung am 6. Februar 2007 eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Lütke-meier merkt in diesem Zusammenhang an, dass im Haushaltsplanentwurf die vom Innenministerium angekündigte Erhöhung der Aufwandsentschädigungen noch nicht berücksichtigt worden sei. Daher sollten im Rahmen der Reduzierung der Fraktionsgeschäftskosten die Auswirkungen der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen im Hinblick auf die Haushaltsansätze mitberücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung – unter Berücksichtigung der Auswirkungen durch die angekündigte Erhöhung der Aufwandsentschädigungen (6.000 € für das HH-Jahr 2007 und 8.000 € für die Folgejahre) sowie der noch zu treffenden Entscheidung über die Reduzierung der Fraktionsgeschäftskosten in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

I/B/0650

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 1 dieser Niederschrift beige-fügten Vermerkes vor.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

17. Einwohnerfragestunde

I/B/0750

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

18. Anfragen und Anregungen

I/B/0770

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:00 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer